

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

**Bedrohung des Gesamtprogramms Sprache**  
**Betroffen: aktuell 200.000 Kursteilnehmende und ca. 1.600 zugelassene Bildungsunternehmen**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Corona-Epidemie stellt uns alle vor extreme Herausforderungen. Wir beobachten mit großer Aufmerksamkeit und hohem Respekt, dass Politik, Behörden und Institutionen intensiv daran arbeiten, die Auswirkungen zu meistern. **Wir, die bundesweit agierenden Spitzenverbände**, die den Großteil von privaten Bildungseinrichtungen im Bereich Sprachförderung vertreten, werden mit unseren Mitgliedern im Bereich der Bildung unseren Beitrag dazu leisten.

Mittlerweile ist bundesweit allen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugelassenen Bildungsträgern durch Verfügung oder Erlass der jeweiligen Landesministerien mit unterschiedlichen Verordnungen und Begrifflichkeiten der Präsenzunterricht untersagt. Hier benötigen unsere Mitgliedsunternehmen **bundesweit schnellstmöglich einheitliche Begrifflichkeiten und einheitlich abgesprochenes Verfahren**.

Grundsätzlich können aber unsere Mitgliedsunternehmen ihre Leistungen den Maßnahmeteilnehmenden trotz Untersagung des Präsenzunterrichts weiterhin anbieten, beispielsweise durch Online-Formate und weitere digitalisierte Lösungen. Hierzu bedarf es aber von Seiten der Landesministerien und / oder des Bundesamtes schneller und pragmatischer Ermächtigungen inklusiver entsprechender Finanzierungszusagen.

Wir wenden uns, wissend um all die existenziellen Themen in Ihrem Entscheidungsbereich, in dieser für alle schwierigen und kritischen Phase mit einem **dringenden Appell** an Sie.

Diese Krise bedroht gleichermaßen alle vom Bundesamt zugelassenen Kursträger im Bereich der Integrations- und Berufssprachkurse: das sind, mit den Volkshochschulen, aktuell insgesamt ca. **1.600 Bildungsunternehmen**. Weit überwiegend umfasst diese Gruppe **privat geführte Unternehmen**, denen bei nicht geklärten inhaltlichen und finanziellen Regelungen für die aktuelle und weitere Zeit der Krise die **Insolvenz** droht. Damit würde **das „Gesamtprogramm Sprache“ (GPS) und mit diesem das gesamte vom Bund geförderte Integrationsprogramm zusammenbrechen**.

Alle Integrations- und Berufssprachkurse sind derzeit unterbrochen, ein Wiederaufnahmezeitpunkt ist aus aktueller Sicht ungewiss. Hiervon sind nach derzeitigem Stand insgesamt **ca. 200.000 Kursteilnehmende** betroffen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat verschiedene Aktivitäten ergriffen, kommuniziert mit den Betroffenen, sucht aktiv Lösungsmöglichkeiten, versucht, das Gesamtprogramm Sprache aufrechtzuerhalten, für eine weitere (digitale) Betreuung der Kursteilnehmenden durch die Kursträger zu sorgen und die zugelassenen Träger zu unterstützen. So wurde zum Beispiel

– unbürokratisch – im Trägerrundschreiben 07/2020 bekanntgegeben, dass Abschlagszahlungen für jeden der aktuell unterbrochenen Kursabschnitte abgerufen werden können. Das ist zu begrüßen, unterstützt aber nur sehr kurzfristig die Liquidität und **deckt nicht einmal ansatzweise die aktuell auflaufenden Kosten**. Faktisch stehen die betroffenen Träger mit Beginn der Kursunterbrechung vor einer vollständig ungeklärten finanziellen Situation.

Ein privat geführtes Unternehmen muss in einer solchen Situation verantwortungsvoll, aber auch schnell und mit klarem Blick für die Fakten umgehend handeln, um so die Existenz des Unternehmens und die vielen Arbeitsplätze der Mitarbeitenden zu sichern.

**Wir brauchen zwingend eine garantierte Durchfinanzierung aller aktuell laufenden Integrations- und Berufssprachkurse**, da die volkswirtschaftlichen Folgekosten bei Kündigungen, „Kurzarbeit Null“ sowie Insolvenzen bei weitem höher sind! Damit würden auch alle zuvor beschriebenen Möglichkeiten und Versuche, die Teilnehmenden aktuell digital zu betreuen und zu unterrichten ins Leere laufen.

Von der Bundesregierung wird immer wieder deutlich gemacht, dass sie alles daran setzen will, dass es nicht zu existenzgefährdenden Situationen für Unternehmen kommen soll. In diesem Sinne müssen auch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Blick auf die Bildungseinrichtungen, die das Gesamtprogramm Sprache tragen, handeln. Daher fordern wir mit Nachdruck: Lassen Sie uns in dieser schwierigen gesamtgesellschaftlichen Situation nicht im Stich! Unsere Bildungsunternehmen geben Menschen Stabilität, die durch die Corona-Krise besonderen Halt benötigen. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, bitte helfen Sie uns, diese wichtige Aufgabe für die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten.

Ein gleichlautendes Schreiben ging ebenfalls an Bundesminister Horst Seehofer, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Mit ausgezeichnetener Hochachtung

Hans-Peter Eich  
Vorstandsvorsitzender bag arbeit

Thiemo Fojkar BBB  
Vorstandsvorsitzender BBB

Marc Hentschke  
Vorstandsvorsitzender EFAS

Dr. Klaus Vogt  
Präsident VDP

Dr. Judith Aust  
Geschäftsführerin bag arbeit

Stefan Sondermann  
Bundesgeschäftsführer BBB

Katrin Hogh  
Geschäftsführerin EFAS

Dietmar Schlömp  
Bundesgeschäftsführer VDP